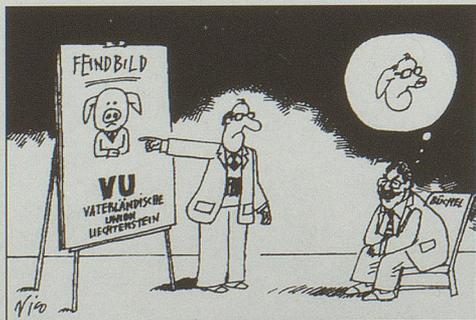


Die Fortschrittliche Bürgerpartei fordert den von ihr portierten Regierungschef Markus Büchel zum Rücktritt auf (30.8.).

Der Landtag spricht Regierungschef Markus Büchel auf Antrag der FBP mehrheitlich das Misstrauen aus (14.9.).

Fürst Hans Adam II. löst den Landtag auf, belässt aber den Regierungschef im Amt (15.9.).

*Die Auseinandersetzungen zwischen der Fortschrittlichen Bürgerpartei und dem von ihr portierten Regierungschef Markus Büchel werden auch in der ausländischen Presse kritisch kommentiert – und geben auch Stoff für bissige Karikaturen. Hier eine Karikatur von Nico aus dem «Tages-Anzeiger» vom 31.8.1993, untertitelt: «Fruchtloser Nachhilfe-Unterricht der Fortschrittlichen».*



Zur Prestige-Frage wurde wiederum gesagt, dass ein Gegenstück zur bekannten Kundmachung vom 30. April 1920 notwendig werde, damit die Volkspartei rehabilitiert sei. [Seite 14/15]

Im Verlauf der Besprechungen sagte Kabinettsrat Martin auch, dass wahrscheinlich die Wiener Gesandtschaft aufgehoben und der Berner Gesandte mit der hauptsächlichen Vertretung im Auslande betraut werde, bzw. dass unsere Vertretung in Österreich vom schweizerischen Gesandten in Wien übernommen würde.

Die Verhandlungen wurden um  $\frac{1}{4}$  vor 6 Uhr früh am 12. Sept. (Sonntag) geschlossen mit der Verabredung, dass die nächste Besprechung am Montag den 13. Sept. im Absteigequartier stattfinden werde und dass Dr. Peer und Kabinettsrat Martin bis dahin beim Fürsten die Sanktion für die aufgestellten Punkte erwirken werden. [Seite 15/16]

Am 13. Sept. nachmittags 2 $\frac{1}{2}$  Uhr begannen im Absteigequartier die festgesetzten Verhandlungen. Es waren wieder anwesend Obmann Walser, Dr. Beck und Reallehrer Schädler einerseits und Dr. Peer und Kabinettsrat Martin andererseits.

### 3. Verhandlung

Es wurde den 3 Volksparteilern zunächst mitgeteilt, dass der Fürst sämtlichen in der Nachtsitzung vom 11. auf den 12. Sept. aufgestellten Forderungen die Sanktion erteilt habe. Die 3 Volksparteien sind jedoch mit den zwei Entschliessungen noch nicht vollständig zufrieden, sie verlangen noch eine Deckung dem Hofrat Peer gegenüber; namentlich muss derselbe unterschriftlich erklären, dass er nur 6 Monate an seinem Posten als Leiter der Regierung verbleibe, da ihm immer wieder das Misstrauen des Volkes gerade in dieser Hinsicht vor Augen geführt [Seite 16/17] wird. Dr. Peer verspricht, dann, wenn die Entschliessungen des Fürsten im Landtag nicht angenommen würden, den Regierungsposten zu verlassen.